



Nach dem 3.Juli 2007 ist vor dem 3.Juli 2007

Der Gemeinderat von Rudersberg wurde in seiner Sitzung vom 3. Juli abschließend vom Regierungspräsidium (RP) über das Ergebnis der Untersuchung des RP zu den Alternativplanungen der Wieslaufal - Umgehungsstraße informiert. Es kam genau so, wie es das RP schon immer angedeutet hat: Außer der ursprünglichen Planungstrasse, die unwesentlich modifiziert wurde, gibt es keine realisierbare Alternative im Wieslaufal! Untersucht wurde die sog. Westtrasse bei Asperglen. Die wäre zwar technisch machbar, aber wegen den (ökologischen) Raumwiderständen nicht vertretbar. Die Variante zwischen Lindental und Schlechtbach / Siedlung den Hang hoch ist technisch nicht machbar, abgesehen von den großen Raumwiderständen des ausgewiesenen Vogelschutzgebietes in diesem Bereich. Dann wurde noch die Variante untersucht, die bei Asperglen den Berg Richtung Necklinsberg erklimmt und dann oberhalb von Lindental über den Königsstein zum Parkplatz Sol, sprich die alte L1148, verläuft. Klare Aussage: Wegen der großen Eingriffe in Flora und Fauna nicht darstellbar.

Was wurde da eigentlich gestern inszeniert?

Hierzu muss man kurz zurückblicken:

Bürgermeister Schneider hat in demokratisch fragwürdiger Weise am 11. September zusammen mit dem Staatssekretär Köberle, ohne je die auch jetzt noch gültige Planung seinem Gemeinderat, geschweige den seinen Bürgern zu zeigen, die Planung auf den Weg gegeben. Aufgeschreckt von der massiven, landschaftlichen Zerstörung, die diese Planung im Wieslaufal verursachen würde, hat sich sehr bald ein massiver Bürgerprotest entwickelt. Der Gemeinderat hat Schneider für sein eigenmächtiges Vorgehen zwar etwas gerüffelt, aber er hat sich klar auf seine Seite gestellt und diesem Vorgehen im nach hinein die Absolution erteilt. Als nun die Bürger sich nun immer mehr gegen diese Planung aussprachen hat der Gemeinderat am 12.12.2006 einen trickreichen Beschluss gefasst. Grundsätzlich sprach er sich für Ortsumfahrungen aus, aber er hat seine, als Träger öffentlicher Belange, ausstehende Stellungnahme nur unter Vorbehalt, sozusagen nicht endgültig, abgegeben. Viele Forderungen wurden nun an das RP gestellt, vor allem die Forderung, es muss eine andere Trassenplanung gefunden werden und es muss eindeutig weiter gehen mit der Planung der sog. Westumfahrung um Rudersberg. Die wiederum war und ist ja nie Bestandteil des derzeitigen Verfahrens gewesen. Sollte das nicht geschehen, so haben alle Fraktionen erklärt, dann ist diese Planung nicht mehrheitsfähig.

Der Trick sollte sein, dass man grundsätzlich Umfahrungen zugestimmt hat, aber Alternativen fordert. Ist nun aber keine Alternative möglich, dann wollte man ja diese Trasse nicht, aber es greift ja dann das grundsätzliche JA zu Umfahrungen. Und da das RP ja Herr des Verfahrens ist, entscheidet dann das RP, welche Trasse gebaut ist. Das RP wiederum hat hier immer schon in aller Deutlichkeit gesagt, dass schon die Vorplanung sehr exakt gemacht wurde und es nicht zu erwarten ist, dass eine Alternative darzustellen ist. Aber es hat dem Wunsch des Gemeinderates entsprochen und hat nun doch alle Alternativen für zig Tausende Euro monatelang durchgeplant um nun exakt darstellen zu können, dass es keine Alternative im Tal gibt. Eigentlich fast schon eine Angelegenheit für den Rechnungshof.

Es ist allein den 3200 Bürgern von Rudersberg zu verdanken, dass der politische Trick von Schneider und dem Gemeinderat von Rudersberg nicht funktioniert hat. In einer sicher auch landesweit einmaligen Bewegung wurde über ein Bürgerbegehren ein Bürgerentscheid zur Straßenfrage erzwungen. Anstatt der nötigen 900 Stimmen votierten 3200 Bürger für den Bürgerentscheid.



Nun griff der Gemeinderat wieder in die Trickkiste und legte den Bürgerentscheid nicht wie gefordert auf den Tag der Bürgermeisterwahl in Rudersberg, sondern auf den für den Entscheid schlechtesten Termin, direkt nach den Ferien, auf den 23. September. Begründung: Der Gemeinderat muss laut Gemeindeordnung zu der Entscheidungsfrage der Bürger selbst ein Votum abgeben. Hierzu braucht er aber alle Fakten des RP und die waren eben erst auf den 15. Juni zu erhalten.

Die Bürger mussten diese Willkür hinnehmen, obwohl die Bürger dem RP von Anfang an die Aussage geglaubt haben, es gibt keine Alternative.

Nun hat BM Schneider wieder die Trickkiste aufgemacht. Auf einmal wurde mitgeteilt, zwar kommen die Daten am 15. Juni ins Rathaus, aber das RP kann erst am 3. Juli die Daten vorstellen. Dann waren die Daten doch nicht fertig vor dem 3. Juli und nun konnte der Gemeinderat aus formalen Gründen am 3. Juli nicht abstimmen, da auch die Ortschaftsräte zuvor gehört werden müssen.

Und nun sagen die Gemeinderäte, man wolle ja gar nicht mehr selbst abstimmen, man habe ja nun dem Bürger das Wort erteilt.

Ersten haben sich die Bürger ihr Wort selbst hart erkämpft. Zweitens hätte man dann den Bürgerentscheid gleich mit der Bürgermeisterwahl abhalten können. Wie die Mehrheitsverhältnisse sind im Ort ist nach der Bürgermeisterwahl am 13. Mai für jeden offensichtlich: Mit 58% wurde Martin Kaufmann zum Bürgermeister gewählt. Er war der Mann von außen, dem man zutraute, ohne Seilschaften für die Bürger Politik zu machen. Aber er war auch der Kandidat, der ganz klar gegen diese Umgehungsstraße war und ist.

Das Kalkül von Schneider und dem Gemeinderat ist nun, das der Bürgerentscheid an dem sog. Quorum scheitert: 25% der Wahlberechtigten müssen gegen diese Straße stimmen, es reicht nicht die einfache Mehrheit. Es gilt nun, alle Kraft aufzuwenden um die Bürger in Rudersberg davon zu überzeugen, dass sie zur Wahlurne am 23. September gehen. Es ist eine Wahl gegen DIESE Planung und nicht ein Nein für alle Zeiten. Der Verkehr ist seit Jahren rückläufig und da ist es vernünftig, das Tal nicht zu zerstören. Da der Generalverkehrsplan diesen Straßenzug beinhaltet, könnte es, sollte der Verkehr aus irgendwelchen, heute nicht erkennbaren Gründen, dramatisch zunehmen, in vielen Jahren eine neue Bewertung dieser Straße geben.

Der Bürgerentscheid ist 3 Jahre rechtsgültig, nicht mehr, aber auch nicht weniger! Und für diesen Zeitraum sagen die Rudersberger NEIN! Es gilt, wie immer gefordert, den Ausbau der B14 abzuwarten. Und es gilt, erst einmal alle Entlastungen an der jetzigen L1148 umzusetzen. Hierbei darf man sich nicht von Aussagen von Beamten beeindrucken lassen. Es gilt politischen Druck einzusetzen für die geforderten Entlastungen. Inzwischen wissen die Rudersberger, was damit zu erreichen ist!

Wolfgang Bogusch
BI Lebenswertes Wieslaufal e.V.
Dr. Hockertzstr. 20
73635 Rudersberg